

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 20. Sitzung

am Donnerstag, dem 26. August 2010, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Daniel Günther (CDU)

i. V. von Hans Hinrich Neve

Tobias Koch (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Finanzielle Situation der schleswig-holsteinischen Kommunen	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/664	
2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz)	7
Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 17/652	
b) Regierung an Sparplänen beteiligen	
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/653	
c) Resolution zur sofortigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung für die Mitglieder der Landesregierung, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie für die Verwaltungskosten der Landesregierung und zur Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/705	
3. Umstellung der Altersversorgung der Landesministerinnen und Landesminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	7
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/464	

- 4. a) Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer** **8**
- Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/590
- b) Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/588 (neu)
- Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (selbstständig)
Drucksache 17/647
- 5. Bericht des Finanzministers über den Umfang von bei schleswig-holsteinischen Finanzämtern eingegangenen Selbstanzeigen von Steuerünlern** **12**
- Berichts Antrag der Fraktion des SSW
Umdruck 17/1042
- 6. Vorlage von Hintergrundpapieren und Risikoanalysen zum Haushalt** **13**
- Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Aktenvorlage
gemäß Artikel 23 der Landesverfassung
Umdruck 17/1082
- Vorlage des Finanzministers
Umdruck 17/1118
- 7. a) Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht befreien** **15**
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/494
- b) Bundesregelung Kleinbeihilfen dauerhaft festschreiben**
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/503
- c) Wertgrenzen dauerhaft anheben**
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/504

-
- 8. Novellierung des Heilberufekammergesetzes** **17**
Verzicht auf Genehmigungen bei den Kammern der Heilberufe nach § 105
Abs. 2 LHO
- Antrag des Sozialministeriums
Umdruck 17/1044
- 9. Information/Kenntnisnahme** **18**
- Umdruck 17/995 - Entwicklung der Frühpensionierungen 2009
Umdruck 17/997 - Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie in Itzehoe
Umdruck 17/998 - Soziale Dienste der Justiz
Umdruck 17/999 - AUREG-Verbund - Verwaltungsvereinbarung
Umdruck 17/1045 - Tätigkeitsbericht des Havariekommandos
Umdruck 17/1085 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben II/2010
Interner Umdruck 17/1009 - Erbschaftsteuerfall
- 10. Verschiedenes** **20**

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Finanzielle Situation der schleswig-holsteinischen Kommunen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/664

(überwiesen am 7. Juli 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den **Finanzausschuss** zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss schließt sich der vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen schriftlichen Anhörung an. Anzuhörende sollen binnen einer Woche gegenüber der Geschäftsführerin des Innen- und Rechtsausschusses benannt werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 17/652

b) Regierung an Sparplänen beteiligen

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache 17/653

c) Resolution zur sofortigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung für die Mitglieder der Landesregierung, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie für die Verwaltungskosten der Landesregierung und zur Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/705

(überwiesen am 8. Juli 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Finanzausschuss)

Punkt 3 der Tagesordnung:

Umstellung der Altersversorgung der Landesministerinnen und Landesminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/464

(überwiesen am 16. Juni 2010)

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung zurück und bittet den Ältestenrat, möglichst zeitnah eine Empfehlung zu erarbeiten, damit die Ausschussberatung noch im September erfolgen kann.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/590

b) Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/588 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (selbstständig)
Drucksache 17/647

(überwiesen am 17. Juni 2010)

M Wiegard weist darauf hin, dass das Haushaltsbegleitgesetz eine Anhebung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer auf 5 % zum 1. Januar 2013 vorsehe. Die Gemeindefinanzkommission beim Bundesfinanzminister befasse sich mit der Frage, wie die kommunalen Steuereinnahmen verstetigt werden könnten. Es gebe eine intensive Diskussion unter den Landesfinanzministern über die Neuordnung der Grundsteuer. Im Herbst werde man in einer Kommission auf Bundesebene die Frage der Ausnahmetatbestände bei der Mehrwertsteuer erörtern, und Schleswig-Holstein werde hierzu Vorschläge machen. Darüber hinaus werde er im Herbst ein Paket von Gesetzesinitiativen zur Beseitigung von Ausnahmetatbeständen in anderen Steuerarten vorlegen mit dem Ziel, die Steuerfestsetzung zu vereinfachen und die Steuerverwaltung zu entlasten. Schleswig-Holstein werde keinerlei steuerpolitischen Maßnahmen zustimmen, die das Steuerniveau insgesamt senkten, sondern sich für Steuergerechtigkeit, eine Stärkung des strukturellen steuerlichen Wachstums und möglicherweise einzelne steuerliche Maßnahmen einsetzen, die sich aus der Bereinigung von Ausnahmetatbeständen ergeben könnten.

Abg. Heinold beantragt Einzelabstimmung über die Punkte des Antrags „Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern“.

Abg. Koch erklärt, man werde alle Punkte des Antrags nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern allein aus formalen Gründen ablehnen. Es sei nicht möglich, einer Aneinanderreihung

von Schlagworten zuzustimmen, die der Komplexität der Materie in keiner Weise gerecht würden.

Abg. Heinold und Schippels erwarten eine inhaltliche Positionierung der Koalitionsfraktionen zu den einzelnen Punkten.

Abg. Loedige lehnt es ab, „Überschriften“ zuzustimmen, und erwartet „mehr Butter bei die Fische“.

M Wiegard macht darauf aufmerksam, dass die im Antrag geforderte „aufkommensneutrale Beseitigung der kalten Progression“ zu Mindereinnahmen von rund 20 Milliarden € führe. Eine Überführung der Landesfinanzverwaltung in eine Bundessteuerverwaltung, die von Berlin aus mit über 140.000 Beschäftigten alles steuere, lehne er ab. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sei in der Phase der Rezession auf den Weg gebracht worden und habe wirtschaftliche Impulse gesetzt.

Abg. Schippels spricht sich für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53 % und eine Bundessteuerverwaltung aus, um ein einheitliches Vorgehen beim Vollzug der Steuererhebung zu erreichen.

Abg. Heinold verdeutlicht noch einmal die Intention des Antrags: Mit Ausgabenkürzungen allein sei der Haushalt nicht zu konsolidieren, es gehe darum, die Steuereinnahmen des Landes zu steigern. Dazu unterbreite man in dem Antrag Absichtsbekundungen und richtungsweisende Aussagen, zu denen sie eine Positionierung oder alternative Vorschläge der Koalition erwarte.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 17/590 abzulehnen.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition wird Punkt 1 der Anträge Drucksachen 17/588 (neu) und 17/647 abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW bei Enthaltung der SPD wird Punkt 2 der Anträge abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung von SPD und der LINKEN wird Punkt 3 des Antrags 17/588 (neu) abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW wird Punkt 3 des Antrags Drucksache 17/647 abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung von SPD und der LINKEN wird Punkt 4 des Antrags Drucksache 17/588 (neu) abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, der LINKEN und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird Punkt 4 des Antrags Drucksache 17/647 abgelehnt.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition werden die Punkte 5, 6 und 7 abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von SPD und der LINKEN wird Punkt 8 des Antrags Drucksache 17/588 (neu) abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von der LINKEN und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird Punkt 8 des Antrags Drucksache 17/647 abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN wird Punkt 9 der Anträge abgelehnt.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition wird Punkt 10 der Anträge abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW bei Enthaltung der SPD wird Punkt B der Anträge abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 17/647 abzulehnen.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN bei Enthaltung von SPD und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 17/588 (neu) ebenfalls abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Finanzministers über den Umfang von bei schleswig-holsteinischen Finanzämtern eingegangenen Selbstanzeigen von Steuer-sündern

Berichts Antrag der Fraktion des SSW
Umdruck 17/1042

M Wiegard berichtet, inzwischen seien insgesamt 523 Selbstanzeigen „Schweiz“ eingegangen. Davon seien 150 erledigt und 373 noch in der Bearbeitung. Kapitaleinnahmen in Höhe von rund 142 Millionen € und Kapitalvermögen in Höhe von 60 Millionen € sei nacherklärt worden. Bei den Finanzkassen des Landes seien bisher folgende Beträge eingegangen: knapp 12 Millionen € an Einkommensteuer, knapp 7 Millionen € an Schenkung- und Erbschaftsteuer, 627.000 € an Hinterziehungszinsen. Aus diesen Verfahren erwarte man noch Mehrsteuern in Höhe von 57 Millionen €. Insgesamt werde man etwa 76 Millionen € zusätzliche Steuereinnahmen erzielen. Welcher Anteil davon tatsächlich beim Land verbleibe, könne man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

Auf eine Frage von Abg. Harms teilt er mit, es gebe mit der Schweiz und Liechtenstein intensive Gespräche und Verhandlungen auf europäischer Ebene über die Frage, wie die Finanzströme und Kapitalbestände den jeweiligen Landessteuerbehörden zugänglich gemacht werden könnten. Man rechne damit, dass es in diesem Bereich in absehbarer Zeit deutliche Verbesserungen geben werde.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage von Hintergrundpapieren und Risikoanalysen zum Haushalt

Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Aktenvorlage
gemäß Artikel 23 der Landesverfassung
Umdruck 17/1082

Vorlage des Finanzministers
Umdruck 17/1118

Abg. Schippels hält die von der Landesregierung gemäß Parlamentsbeschluss vom 8. Juli 2010 (Drucksache 17/724) vorgelegten Unterlagen für nicht ausreichend und wirbt für die Unterstützung seines Aktenvorlagebegehrens, Umdruck 17/1082. Der dem Landtag zugeleitete Haushalt erkläre sich aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht.

Abg. Koch hält es weder für möglich noch für zulässig, alle Akten der Landesregierung, die irgendeinen Bezug zum Haushalt hätten, dem Parlament zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen, und bittet die Fraktion DIE LINKE, näher zu präzisieren, welche Unterlagen die Regierung noch vorlegen solle.

Abg. Weber teilt mit, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion die vom Finanzminister in dieser Woche mit Umdruck 17/1118 zur Verfügung gestellten Unterlagen noch nicht eingesehen hätten und das Aktenvorlagebegehren zum jetzigen Zeitpunkt daher nicht unterstützen könnten.

Abg. Heinold regt an, die Beschlussfassung über den Antrag auf Akteneinsicht zurückzustellen, bis die Mitglieder des Finanzausschusses die vom Finanzminister vorgelegten Unterlagen eingesehen hätten. Sie fragt den Präsidenten des Landesrechnungshofs, ob die Hintergrundpapiere und Risikoanalysen, die der Haushaltsstrukturkommission zur Verfügung gestellt worden seien, auch dem Finanzausschuss vorgelegt würden.

M Wiegard erklärt, die Landesregierung habe den Landtagsbeschluss im weitesten Sinne ausgelegt und die erbetenen Unterlagen umfassend zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich gäben die Akten nicht vollständig den Umfang der mündlichen Erörterungen wieder. Dass die Regierung dem Parlament sämtliche Unterlagen des Finanzministeriums, die mit der im Herbst des Vorvorjahres beginnenden Haushaltsaufstellung im Zusammenhang stünden, vorlege, sprengte den Rahmen. Die Fraktionen könnten all ihre Fragen nach dem seit Jahren be-

währten Verfahren im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen schriftlich an die Regierung stellen, die die Ministerien zeitnah schriftlich beantworteten. Auf eine Frage von Abg. Harms äußert er, die Ergebnisprotokolle der Haushaltsstrukturkommission, die den Mitgliedern der Kommission vorlägen, habe man nicht zur Verfügung gestellt, weil sie weder Regierungsunterlagen noch Gegenstand der Beratungen des Kabinetts gewesen seien.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Aktenvorlage, Umdruck 17/1082, wird nur von Abg. Schippels unterstützt und verfehlt damit das erforderliche Quorum gemäß Artikel 23 Abs. 2 Satz 2 der Landesverfassung.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht befreien

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/494

b) Bundesregelung Kleinbeihilfen dauerhaft festschreiben

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/503

c) Wertgrenzen dauerhaft anheben

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/504

(überwiesen am 20. Mai 2010 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Abg. Callsen wirbt für die Annahme der Anträge Drucksachen 17/494 und 17/503, um kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein zu entlasten. Die Beschlussfassung über Antrag Drucksache 17/504 solle zurückgestellt werden, bis die Ergebnisse der entsprechenden Evaluation auf Bundesebene vorlägen.

Abg. Schippels lehnt Antrag Drucksache 17/494 ab, weil die Erstellung des Jahresabschlusses letztlich auch im Interesse der Unternehmen liege, um ihre eigenen Lage kritisch zu analysieren.

P Dr. Altmann trägt die Bedenken des Rechnungshofs gegen die Anträge Drucksachen 17/503 und 17/504 vor. Die Landesregierung solle sich nicht dafür einsetzen, die Möglichkeiten für Subventionen an Unternehmen dauerhaft zu erhöhen. Die Kleinbeihilfenregelung zur Stützung der Konjunktur und Verhinderung von Firmeninsolvenzen sei mit der Wirtschafts- und Finanzkrise begründet und als vorübergehende Maßnahme angelegt worden, die nicht verlängert werden sollte. Die von den Koalitionsfraktionen begehrte dauerhafte Anhebung der Schwellenwerte bei öffentlichen Aufträgen führe zu einer Aushöhlung des Vergaberechts, zu weniger Wirtschaftlichkeit und mehr Korruption.

Abg. Kumbartzky macht darauf aufmerksam, dass die Unternehmen weiter verpflichtet seien, eine Überschussrechnung zu erstellen.

Abg. Callsen macht deutlich, dass man mit der Befreiung von der Jahresabschlusspflicht etwa 20.000 kleinere Unternehmen in Schleswig-Holstein, die alle ihre Steuererklärung abgeben müssten, von bürokratischem Aufwand entlasten wolle. Bei Antrag Drucksache 17/503 gehe es darum, kleineren Unternehmen, die in Not geraten seien, durch Beihilfen, sprich Bürgschaften, auch weiter aus Krisen herauszuhelfen. Im Übrigen habe es bei den kleinen Bürgschaften aufgrund dieser Regelung bisher keine Ausfälle gegeben.

Abg. Harms lehnt die Anträge Drucksachen 17/503 und 17/504 ab. Es sei grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates, Beihilfen zu gewähren oder Bürgschaften zu übernehmen. Ein weitergehender Verzicht auf öffentliche Ausschreibungen sei wettbewerbsrechtlich problematisch. Die Befreiung von Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht dagegen könne der SSW unterstützen.

Auf eine Frage von Abg. Heinold verdeutlicht P Dr. Altmann noch einmal, Kleinbeihilfen dürften den Betrag von 500.000 € innerhalb von drei Jahren nicht überschreiten. Diese aus konjunkturellen Gründen für eine vorübergehende Zeit eingeführte Regelung dürfe nicht dauerhaft festgeschrieben werden.

Der Finanzausschuss stellt die Beschlussfassung über die drei Anträge zurück.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Novellierung des Heilberufekammergesetzes
Verzicht auf Genehmigungen bei den Kammern der Heilberufe nach § 105
Abs. 2 LHO**

Antrag des Sozialministeriums
Umdruck 17/1044

Auf Fragen der Abg. Schippels und Herdejürgen stellt Frau Schwabe klar, die Kammern würden dem Ministerium auch in Zukunft ihre Haushaltspläne und Rechnungslegungen zur Prüfung vorlegen. Es solle lediglich der formale Genehmigungsakt entfallen.

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss dem Antrag des Sozialministeriums Umdruck 17/1044 zu.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 17/995 - Entwicklung der Frühpensionierungen 2009
Umdruck 17/997 - Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie in Itzehoe
Umdruck 17/998 - Soziale Dienste der Justiz
Umdruck 17/999 - AUREG-Verbund - Verwaltungsvereinbarung
Umdruck 17/1045 - Tätigkeitsbericht des Havariekommandos
Umdruck 17/1085 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben II/2010
Interner Umdruck 17/1009 - Erbschaftsteuerfall

Der Finanzausschuss nimmt die oben gesamten Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 17/995 - Bericht des Finanzministeriums über die **Entwicklung der Frühpensionierungen** im Jahr 2009 - stellt Abg. Heinold fest, dass die Dienstunfähigkeitsquote wieder steige, und fragt nach Möglichkeiten des Landes, Frühpensionierungen weiter einzudämmen oder alternative Beschäftigungen für die betroffenen Beamten zu finden.

P Dr. Altmann kritisiert, dass der Anteil der Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit an den Zurruheetzungen in Höhe von 21,1 % erheblich über dem Bundesdurchschnitt liege. Ursache für den Aufwuchs sei ausschließlich der Schulbereich. Denn die Zahl der Zurruheetzungen wegen Dienstunfähigkeit im Polizeivollzugsbereich liege deutlich unter dem Durchschnitt aller Beamten. Das rechtfertige eine Anhebung der Altersgrenze für den Vollzugsbereich auf 62 Jahre. Allerdings sei die von der Landesregierung vorgesehene Übergangsregelung zu großzügig bemessen und gehe weit über die Übergangsregelungen im Bund hinaus.

Abg. Weber vermag keinen signifikanten Anstieg der Dienstunfähigkeitsquote zu erkennen und verweist hinsichtlich der Ursachenbekämpfung auf die Zuständigkeit des Bildungs- sowie Innen- und Rechtsausschusses.

Herr Bellin macht darauf aufmerksam, dass sich der Anteil der Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit an den Zurruheetzungen seit den 90er-Jahren nahezu halbiert habe und Schleswig-Holstein hier keineswegs aus dem Rahmen falle. Zweidrittel aller Zurruheetzungen entfielen auf den Lehrerbereich. Grundsätzlich würden alle wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig pensionierten Beamtinnen und Beamten alle zwei Jahre aufgefordert, sich einer amtsärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

Zu Umdruck 17/997 - Mittelrückforderung vom **Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISiT) in Itzehoe** - merkt P Dr. Altmann an, zur Höhe der Rückforderungsansprüche gebe es einen Dissens zwischen Rechnungshof und Wirtschaftsministerium. Nach Abschluss der Nacherhebungen des Rechnungshofs im Wirtschaftsministerium und Erörterung mit dem Ministerium werde der Finanzausschuss entsprechend unterrichtet.

Zu Umdruck 17/998 - **Soziale Dienste der Justiz** - wiederholt VP Dopp die Forderung des Rechnungshofs nach Ablösung des Sprechersystems durch fachliche Leitungen und der Verlagerung der Zuständigkeit auf Generalstaatsanwalt und Oberlandesgericht.

Herr Thier erwidert, der Justizminister habe entschieden, dass die grundsätzliche und zentrale fachliche Steuerung der sozialen Dienste der Justiz auch künftig im Ministerium liegen werde. Über die Übertragung der Personalangelegenheiten für die Bewährungs- und Gerichtshelfer sei man mit dem Oberlandesgericht beziehungsweise dem Generalstaatsanwalt im Gespräch. Über die Ablösung des Sprechersystems durch fachliche Leitungen werde man im Dialog mit den Betroffenen bis Ende des Jahres Lösungen suchen. - Der Finanzausschuss erwartet Ende des Jahres erneut einen Bericht.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Vorsitzende verweist auf den **Terminplan** für die Beratungen des Haushaltsentwurfs 2011/2012, Umdruck 17/737, und bittet die Ausschussmitglieder, sich auf ganztägige Sitzungen einzustellen. Am Mittwoch, den 29. September 2010, im Anschluss an die Beratung des Einzelplans 13 wird der Finanzausschuss gemeinsam mit dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss den SSW-Antrag zur Lebensmittelüberwachung (Drucksache 17/684) behandeln. Am 2. September 2010 findet keine Finanzausschusssitzung, sondern eine Sitzung des Unterausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes statt.

b) Der Vorsitzende gibt bekannt, dass sich der Innen- und Rechtsausschuss mit den Unterlagen zum Thema Schiedswesen befasst und die Umdrucke 17/75 und 17/145 am 24. März 2010 zur Kenntnis genommen hat. Eine Empfehlung gegenüber dem Finanzausschuss hat der Fachausschuss nicht abgegeben. Der Vorgang ist damit erledigt.

c) M Wiegard berichtet, seit Mai werde dem Land eine **CD mit Steuerdaten** zum Erwerb angeboten. Man habe in unregelmäßigen Abständen Kontakt zu dem Anbieter. Weil bisher keine hinreichende Zahl von nachprüfbaren, verlässlichen Datensätzen vorgelegt worden sei, habe die Werthaltigkeit und Korrektheit der Daten noch nicht abschließend geprüft werden können. Außerdem spiele der Kaufpreis selbstverständlich eine Rolle. Vor gut zehn Tagen sei über eine E-Mail ein weiteres Angebot auf Erwerb einer Steuer-CD übermittelt worden. Man werde die Vorgänge in Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern prüfen. Jeder einzelne Sachverhalt müsse individuell mit großer Sorgfalt geprüft werden.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer